



SEEHEIMER KREIS

**Kernaufgabe der
Sozialdemokratie**

**Innere
Sicherheit**



Innere Sicherheit

Kernaufgabe der Sozialdemokratie

Kernversprechen der Sozialdemokratie ist ein funktionsfähiger und personell gut aufgestellter Staat auf allen Ebenen. Ein Staat, der sich kümmert, der Bürgerinnen und Bürgern in schwierigen Lebenssituationen mit einem engmaschigen sozialen Netz zur Seite steht, der aber zugleich an die Eigenverantwortung des Einzelnen appelliert und diese auch fordert. Der Chancengleichheit schafft, der den sozialen Aufstieg durch Bildung fördert. Der eine zweite und dritte Chance ermöglicht.

Derzeit erleben wir, welche Vorteile ein starker und funktionsfähiger Staat, eingebettet in der Europäischen Union, haben kann. Es zeigt sich jetzt, wozu der Föderalismus positiv in der Lage ist. Regionale und lokale Lösungen sind möglich, die die besonderen Bedürfnisse von ländlichen und städtischen Räumen berücksichtigen. Wirtschaftliche Verflechtungen in Grenzregionen, im Europa der Regionen, sind realisierbar.

Ein starker und funktionsfähiger Staat zeigt sich vor allem auch im Bereich der Inneren Sicherheit. Die Sozialdemokratie war immer dann stark, wenn sie Freiheit und Sicherheit in Einklang gebracht hat. Wenn sie das Thema Innere Sicherheit aktiv bespielt hat, indem sie Prävention und Repression im Gegensatz zu den Konservativen stets zusammen dachte. Wenn sie einen vorsorgenden Sozialstaat in den Fokus ihrer Politik genommen hat, welcher immer auch nach den Ursachen von kriminellem Verhalten fragt und diese erst gar nicht entstehen lassen will.

Leitidee eines vorsorgenden Sozialstaates

Kriminalität entsteht oftmals infolge sozialer Schief lagen. Kommt erst einmal das Strafrecht zur Anwendung, ist es oftmals zu spät. Der präventive Ansatz der früheren Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, unter dem Motto „Kein Kind zurücklassen“ war richtig und entsprang dem Kerngedanken eines vorsorgenden Sozialstaates vom einstigen Vorsitzenden der SPD, Matthias Platzeck, aus dem Jahre 2006.

Dies bedeutet zwar erst einmal höhere Kosten im laufenden Etat, lohnt sich aber auf der Strecke. Gerade deshalb müssen präventive Projekte bei den Innen- und Justizressorts eine höhere finanzielle Ausstattung bekommen. Präventive lokale Maßnahmen dürfen eben nicht daran scheitern, ob die örtlichen Polizeipräsidien einen Beamten oder eine Beamtin der Polizei an diese spezielle präventive Institution

entbehren können oder nicht. Dort, wo Sicherheit durch Prävention geschaffen werden kann, müssen die Sicherheits- und Justizbehörden einen gesonderten Anspruch auf Personalstellen und Sachmittel haben. Neben der Polizei ist das die Schulsozialarbeit, die Sozialarbeit auf der Straße, aber auch die Soziale Stadt oder der Jugendtreff im Dorf.

Sicherheit entsteht auch durch aktive Baupolitik. Oftmals setzt ein schleichender Prozess ein: Erst geht die Polizeiwache, dann wird das Bezirksrathaus zentralisiert, dann verlässt der Nahversorger den Stadtteil oder der letzte kleine Lebensmittelladen schließt im Dorf. Diese Verlustängste dürfen nicht klein geredet werden. Im Gegenteil: Die Politik muss ihren Blick auf die Sicherheit in Quartieren und in abgelegenen Orten richten.

Zerfallende Stadtviertel oder Leerstände müssen der Vergangenheit angehören. Wohngebiete müssen so ausgestaltet und geplant werden, dass man nicht mehr am Blick auf die Siedlung erkennt, welche Einkommensstruktur sich dort Wohnungen leisten kann. Soziale Stabilität entsteht durch Solidarität – nicht durch Abgrenzung. Sie entsteht, wenn Kinder und Jugendliche in Quartieren aufwachsen, in denen sie entdecken, dass sie das aus ihrem Leben machen können, was sie selbst wollen, und nicht wozu ein Stadtteil sie verdammt.

Sozialdemokratie kümmert sich – Unsicherheit aktiv entgegenzutreten

Beim Thema Innere Sicherheit divergieren die Faktenlage und die gefühlte Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zunehmend. Viele haben ein gestiegenes Gefühl der Unsicherheit, verstärkt durch permanente Eilmeldungen und Live-Schalten, 24/7-Berichte in den Medien über Verbrechenschauplätze auf der ganzen Welt und faktenfreie Gerüchte in sozialen Netzwerken. Rechtfertigt die aktuelle Gefährdungslage aber dieses subjektive Empfinden? Gibt es eigentlich mehr Straftaten, die das zunehmende Bauchgefühl der gesteigerten Unsicherheit objektiv belegen? Die amtlichen Statistiken geben das so nicht her. Dunkelziffer eingeschlossen.

„Alles Lüge“ ertönt es dann von Rechtsaußen im Parlament. Es kommt einem bei so manchem Zuruf oder Kommentar das Gefühl, dass man sich dort über jede Straftat und jedes Opfer klammheimlich freut. Erst das ermöglicht die perfide Inszenierung von Empörung. Doch damit lassen wir niemanden



durchkommen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind und bleiben das sichere Bollwerk gegen jede Form von Extremismus!

Dieses gesteigerte Gefühl von Unsicherheit. Dieses Gefühl, dass der Staat an manchen Stellen die Kontrolle zu verlieren scheint. Dieses Gefühl darf Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht gleichgültig sein. Gerade als Befürworter eines starken und funktionierenden Staates muss es sie vielmehr wachrütteln. Auch weil es schon zu lange her ist, dass die SPD den Bundesinnenminister stellte und damit sozialdemokratischer Innenpolitik ein prägendes Gesicht gab.

Der leicht daher gesagte Satz, eine Anzeige bringe nichts, weil der Staat überlastet sei und dass das Delikt nicht verfolgt werden könne, muss ebenso wie der Vorwurf „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“ endlich der Vergangenheit angehören. Der Ladendiebstahl einer organisierten Jugendbande oder zu schnelles Autofahren müssen ebenso geahndet werden wie der organisierte Betrug durch Großkonzerne und die kriminellen Strukturen und Netzwerke der Geldwäsche. Auf jeden Regelverstoß gilt es angemessen, jedoch lückenlos zu reagieren. Der Pakt für den Rechtsstaat ist ein erstes Gegensteuern mit klarer sozialdemokratischer Handschrift. Hinzu kommen die Personalaufstockungen bei der Bundespolizei, die wir als SPD durchgesetzt haben. Ein ganzheitlicher Ansatz von Sicherheitspolitik ist nötig.

Der Staat bestraft nicht nur die Minderjährigen, die zum „Diebeszug“ in (groß-)städtischen Räumen eingesetzt werden. Der Ansatzpunkt muss vielmehr sein, den Gemeinschaften, die eine solche Verhaltensweise erzwingen, den Boden zu entziehen. Das sind eben die sozialen Brennpunkte, das ist die Staatsferne, die zumeist schon mit fehlender Durchsetzung von Melderecht und Schulpflicht beginnt. Gerade im europäischen Kontext birgt dies die Gefahr der Stigmatisierung einzelner Bevölkerungsgruppen, die sich anhand der Staatsbürgerschaft auf einige Staaten eingrenzen lassen.

Denn längst werden Alltagsdelikte wie Diebstahl und Raub zunehmend in organisierten, grenzüberschreitenden Strukturen begangen. Deutschlands Lage im Herzen Europas macht es nicht nur zum Transitland, sondern immer häufiger auch zum Zielland für international agierende kriminelle Gruppen. Das betrifft Straftaten in der analogen Welt wie Wohnungseinbrüche, Autodiebstahl und Drogenschmuggel ebenso wie Cyberkriminalität z.B. online organisierte Produktpiraterie oder Fake Shops im Internet. Um diesen Gruppen, die in ganz Europa zuschlagen, erfolgreich zu begegnen, haben wir mit der europäischen Poli-

zeibehörde Europol eine gut funktionierende Institution, die internationale Bezüge auswerten kann und damit neue Ermittlungsansätze ermöglicht. Die zentrale Rolle, die Europol hier zukommt, muss sich in seiner Finanzierung besser widerspiegeln. Es braucht Personal und moderne technische Ausstattung, um der wachsenden zu bearbeitenden Datenmenge und der zunehmenden internationalen Vernetzung in den Bereichen sexueller Missbrauch von Kindern und Drogenhandel Herr zu werden.

Das schmutzige Geld, das diese Form der organisierten Kriminalität erwirtschaftet, in den regulären Geldkreislauf zu bringen, ist illegal. Diverse Gesetze gegen Geldwäsche wurden entsprechend bereits verabschiedet. Trotzdem weist unser System noch zu viele Lücken auf, die dringend geschlossen werden müssen. Das benötigte Maßnahmen-bündel umfasst u.a. eine Bargeldobergrenze bei finanziellen Transaktionen und eine Digitalisierung der Grundbücher, um Eigentumsverhältnisse im Immobilienbereich endlich transparent zu machen.

Wo eine Rechtslücke besteht, müssen wir überprüfen, ob wir diese als Gesellschaft oder als Parlament, also als Repräsentanz der Bevölkerung, bewusst für unsere Freiheit gelassen haben. Wenn wir zu der negativen Einschätzung kommen, müssen wir schnell gesetzgeberisch tätig werden. Kommen wir zu einer positiven Einschätzung der Lücke, so ist ein anderes Werkzeug aus dem Mehrebenensystem von Sicherheit zu wählen. Hier greift das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates. Ein sozialdemokratischer Sicherheitsbegriff setzt nämlich, wie bereits ausgeführt, immer einen präventiven Ansatz voraus.

Jede Regelüberschreitung missachtet den Gedanken der Solidarität. Sie missachtet den institutionalisierten Zusammenhalt. Sie missachtet den Staat. Wer über die Stränge schlägt, muss mit den Konsequenzen leben. Egal, ob er oder sie hier oder woanders geboren wurde.

Steuerung und Ordnung bei der Zuwanderung

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das Grundgesetz gibt jedem oder jeder Einzelnen die Freiheit, sein Leben nach eigenen Regeln innerhalb eines all-gemeingültigen Regelwerks, nach der eigenen Religion und nach der eigenen Persönlichkeit zu führen. Darin liegt aber eben auch der Grundkonsens, die Verfassung und die Rechtsordnung zu achten und die Sprache der Verfassung zu kennen. Das Grundgesetz und die deutsche Sprache sind nicht verhandelbar!

Wir stehen für ein modernes Ausländerrecht, das eben nicht auf Bevormundung, Ausgrenzung und



Abschottung setzt. Wir wollen keine Bundesrepublik Deutschland, die als Teil der Europäischen Union zusieht, wie Flüchtlinge vor den Toren Europas ums Leben kommen. Diesen Menschen wollen wir eine Heimat in Europa anbieten. Dies gelingt nur durch Steuerung und Ordnung bei der Verteilung der Flüchtlinge.

Wir wollen aber eben auch eine Europäische Union und eine Bundesrepublik Deutschland die in der Lage ist, auch Sicherheit an den Grenzen lückenlos zu vollstrecken. Sichere Grenzen sind eine Kernaufgabe von Sozialdemokratie. Das setzt voraus, dass wir nicht Gesetze beschließen, die besagen wer „gehen muss“, sondern „wer kommen darf“. Ein Regelwerk der klaren Gesetze und Chancen.

Wir brauchen darüber hinaus ein spezielles Arbeits-, Ausbildungs- und Fortbildungsprogramm mit verpflichtenden Deutschkursen für jeden, egal wie lange er sich in Deutschland aufhält. Dazu zählt, dass nur diejenigen hierbleiben dürfen, wer sich schon bei der Einreise an die Regeln hält. Identitätstäuschungen sind nicht immer freiwillig, manchmal geschehen sie aus der Not heraus, ein Bleiberecht zu erwirken. Dies darf aber keine Entschuldigung dafür sein, den Rechtsstaat zu betrügen. Wer in Deutschland schwere Straftaten verübt, für den muss eine Abschiebung das Ergebnis sein.

Sozial- und Rechtsstaat zusammen denken

Sozialstaat und Rechtsstaat müssen zusammen gedacht werden. Eine Chance auf Resozialisierung muss gegeben sein. Gerade deshalb gilt es aber eben auch, Prävention dort anzusetzen, so dass nicht nur die Strafe, sondern auch die präventive Abwehr von künftigen Straftaten auf dem Fuße folgt.

Dafür braucht es mehr Staat. Wir müssen wieder dafür Sorge tragen, dass sich die Polizei nicht mehr aus der Fläche zurückzieht, dass Polizeiwachen nicht mehr nur tagsüber besetzt sind. Es braucht mehr Personalstellen bei Sozialdiensten, bei der Polizei in Bund und Land und bei Rechtspflegern, Gerichtsvollziehern, Staatsanwalt- und Richterschaft. Dafür braucht es zudem die neuesten mobilen und stationären Endgeräte.

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum! Unter Abwägung von Freiheit und Sicherheit müssen die Ermittlungsmöglichkeiten der Polizei immer wieder den technischen Gegebenheiten im 21. Jahrhundert angepasst werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die schockierenden Zahlen im Bereich von sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie wie auch für den Bereich der Hasskriminalität.

Wir stellen uns dabei vor diejenigen, die uns schützen

Die Menschen, die hinter all diesen Berufsgruppen stecken, benötigen den Schutz des Staates und seiner Rechtsordnung, ebenso wie den Schutz der Gesellschaft. Die Gesellschaft muss diesen Berufsgruppen Achtung und Respekt zollen. Denn sie sind es, die ein sicheres und freies Zusammenleben in diesem Land auf Basis unserer Rechtsordnung sicherstellen und den gemeinsamen Wohlstand schützen, den jede und jeder Einzelne in diesem Land aufgebaut hat.

Wir stellen uns dabei vor diejenigen, die uns schützen. Die vermehrten Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten erfüllen uns mit Sorge. Dabei gibt es auch einzelne Überschreitungen durch die Polizei. Hier ist in jedem Einzelfall umfassend aufzuklären. Stigmatisierungen und pauschale Verurteilungen lehnen wir aber ab. Einzelfälle dürfen nicht dazu führen, dass man der Polizei gegenüber in Gänze Vorwürfe macht.

Aus der Sicht des Seeheimer Kreises braucht es neben den derzeit erfolgreich sozialdemokratisch geführten Landesinnenministerien endlich wieder auch ein sozialdemokratisch geführtes Bundesministerium des Innern und für Bau, das all dies zusammen denkt und umsetzt. Die Menschen in unserem Land haben ein Anrecht darauf!

SEEHEIMER KREIS in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-70035
Fax: 030 227-70043
E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de
www.facebook.com/Seeheimer.Kreis
Twitter: @seeheimer
Instagram: seeheimerkreis